„Antifouling-Biozide sind oft toxisch“

Umweltverband BUND hält Vortrag bei Biofouling-Thementag in Bremen – „Universelle Maßnahme existiert nicht“

Das Maritime Cluster Norddeutschland (MCN) hat jetzt gemeinsam mit dem Kompetenzzentrum GreenShipping Niedersachsen und der Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen (Wisoak) einen Thementag zu Antifouling und Biofouling in Bremen durchgeführt. Rund 35 Interessierte folgten der Hybrid-Veranstaltung vor Ort oder schalteten sich online zu.

Als Biofouling wird der Bewuchs von Schiffsrümpfen mit Mikroorganismen, Algen, Tieren und Pflanzen bezeichnet. Dieser Bewuchs hat vielfältige negative Folgen für Schiffsbetrieb und Umwelt.

Foto: BSH

Große Herausforderung für die Schifffahrt: Das Entfernen von Bewuchs an Schiffsrümpfen ist kosten- und zeitintensiv

„Neben der Verhinderung von Einschleppung nicht einheimischer Arten sind Antifouling-Systeme unumgänglich, um Treibstoffeinsparungen und dadurch verringerte Transportkosten und eine Reduzierung von Emissionen zu erzielen. Der Einsatz wirksamer Antifouling-Systeme ist allein unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten und im Interesse der Umwelt nicht nur sinnvoll, sondern notwendig“, betonte Jasmin Woyde, Projektmanagerin bei GreenShipping Niedersachsen.

In einem der zahlreichen Fachvorträge ging auch Stefanie Sudhaus von der Naturschutzorganisation BUND LV Schleswig-Holstein auf die potenziellen Folgen von Antifouling-Bioziden für Mensch und Umwelt ein.

Demzufolge hat insbesondere der Wirkstoff Tributylzinn, der bereits seit 1960 als Antifouling-Maßnahme eingesetzt wird, für Umweltschäden gesorgt. So haben Wissenschaftler Schalenmissbildungen bei Muscheln und sogar Vermännlichungen von weiblichen Austern auf das Biozid zurückführen können. Seit 2013 gilt jedoch in der EU eine Biozid-Rechtsverordnung, bei der sich laut Sudhaus alle Antifouling-Gifte einer speziellen Prüfung zu einer Neuzulassung unterziehen müssen. Derzeit sind zehn Wirkstoffe im Rahmen der Verordnung geprüft und zugelassen.

Auch der richtige Umgang mit den Antifouling-Mitteln wurde von Sudhaus thematisiert. „Der vom Schiffsrumpf entfernte Aufwuchs muss aufgefangen und anschließend fachmännisch entsorgt werden“, erklärte die Natur- und Umweltschützerin. Zum Schluss ihrer Präsentation resümiert Sudhaus abschließend: „Ein universelles Antifouling-System existiert bisher nicht“. Wie die bremischen Häfen mit dem Thema umgehen, berichtete anschließend Katja von Bargen von der Hafenmanagementgesellschaft bremenports.

Ein in der Weserstadt erarbeiteter „Leitfaden zur Erteilung einer Erlaubnis von Unterwasserreinigungen“ mache klare Vorgaben, erläuterte die Expertin. Umweltaspekte stünden dabei im Vordergrund. So sei beispielsweise eine Unterwasserreinigung von biozidhaltigen Antifouling-Beschichtungen in den bremischen Häfen nicht genehmigungsfähig. „Mit dem Leitfaden sind wir in Deutschland bei diesem Thema Vorreiter“, betonte von Bargen. ■ *jwy*

Viele Fragen zu Umweltfolgen von LNG-Terminal

„Alternativer Erörterungstermin“ von Naturschutzverbänden in Wilhelmshaven – FSRU-Abwässer bleiben im Fokus

Die Deutsche Umwelthilfe, der Naturschutzbund Nabu und der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) hatten für Donnerstagabend zu einem „alternativen Erörterungstermin“ für den schwimmenden LNG-Terminal in Wilhelmshaven eingeladen. Rund 150 Interessierte waren dazu nach Angaben der Verbände ins Wattenmeer-Besucherzentrum gekommen.

Im Zentrum standen vor allem Sorgen mit Blick auf die Einleitung von mit Bioziden behandelten Abwässern der Floating Storage and Regasification Unit (FSRU). Die Umweltverbände kündigten an, die Fragen an die Behörden weiterzureichen. Inwieweit sie noch Einfluss auf das laufende Genehmigungsverfahren haben können, ist allerdings fraglich. Die Frist für Einwendungen ist bereits abgelaufen.

„Wir haben schon die Hoffnung, dass das große Interesse hier ein Weckruf für die Politik und Umweltminister Meyer ist“, sagte Constantin Zerger, Leiter Energie und Klimaschutz der Deutschen Umwelthilfe. „Es gibt einfach Diskussionsbedarf, und es gibt noch immer die Möglichkeit, einen Erörterungstermin durchzuführen.“

Dass das Interesse am schwimmenden LNG-Terminal, der noch im Dezember an der Umschlaganlage Voslapper Groden (UVG) seinen Betrieb aufnehmen soll, groß ist, hatte im Herbst bereits eine Informationsveranstaltung des Umweltministeriums gezeigt *(thb.info 26. Oktober 2022)*. Damals waren auch Behörden und Unternehmen anwesend. Der Andrang war so groß, dass das Besucherzentrum geschlossen werden musste.

„Es gibt einfach Diskussionsbedarf“

Constantin Zerger
Deutsche Umwelthilfe

Naturschützer, Fischer und Anwohner fürchten, dass sich der LNG-Terminal negativ auf die Umwelt und das nahe gelegene Wattenmeer auswirkt. Sie bemängeln auch fehlende Informationen. ■ *bek/lni*

© DVV Media Group GmbH

Persönliche Ausgabe, Frau Dr. Neumann, Maritimes Cluster Norddeutschland e.V., Hamburg, Kd.Nr.: 990526371, Abo-Nr. 542548. Weitergabe an Dritte urheberrechtlich untersagt.